

In der Endlos-Schleife um den Bummert

VERKEHR Politik lehnte erneut den Bau von Ampeln an der Kreuzung ab / Streit geht in nächste Runde

Die Stadt will sich wegen des Dilemmas nun erneut an die Kommunalaufsicht wenden. Die Frage müsse am Ende wohl juristisch geklärt werden, vermutet Stadtbaurat Carsten Schoch.

VON PETRA HERTERICH

LEER - Und täglich grüßt das Murmeltier: Beim Thema Bummert befinden sich Politik und Verwaltung in einer Endlos-Schleife – sie können sich einfach nicht einigen. Am Mittwochabend wurde der Vorlage der Verwaltung, die an der Kreuzung Ampeln vorsieht, im Verwaltungsausschuss (VA, höchstes Gremium nach dem Rat) erneut eine Absage erteilt.

Damit steht man erneut wieder ganz am Anfang. „Wir sind von Sachstand her wieder da, wo wir auch schon im November waren“, sagte Stadtbaurat Carsten Schoch auf OZ-Nachfrage. Die Verwaltung sieht aufgrund einer Empfehlung der Unfallkom-



Der Streit um die Ampeln für den Bummert ist noch lange nicht beigelegt.

BILD: ORTGIES

mission die Aufstellung der Signalanlagen vor – die Politik lehnt ab. Die Verwaltung plant für den Umbau des Bummerts 248 000 Euro in den Haushalt 2018 ein – die Politik streicht die Summe wieder raus.

„Wir können diese Schleife von mir aus gerne noch 37 mal drehen, oder öfter“,

sagt Heinz Dieter Schmidt, Fraktionschef SPD/Linke. Man werde den Ampeln nicht zustimmen. Das sieht die Mehrheit der Ratskollegen bisher parteiübergreifend genauso.

Die Stadt will sich wegen des Dilemmas jetzt erneut an die zuständige Kommunalaufsicht – den Landkreis Leer

– wenden. „Die Frage ist ja, wenn wir als Stadt anweisen, dass die Ampeln gebaut werden müssen, die Politik dafür aber nicht das Geld freigibt, was passiert dann?“, bringt es der Stadtbaurat auf den Punkt. Seiner Einschätzung nach ist das eine kommunalverfassungsrechtliche Frage, die am Ende vermutlich von

Juristen beantwortet werden müsse.

Wie berichtet, hatte die Stadt für die Kreuzung zwischen Heisfelder-, Ubbo-Emmius- und Friesenstraße ursprünglich zwei Varianten vorgelegt: Eine einfache mit 14 Ampeln für 248 000 Euro und eine mit einer zusätzlichen Linksabbiegerspur aus der Ubbo-Emmius- in die Heisfelder Straße Richtung stadtauswärts für insgesamt 463 000 Euro. Die Politik lehnte beide Vorschläge bisher kategorisch ab.

„Die Linksabbiegerspur würde vor allem für die Bewohner in der Weststadt große Vorteile bringen“, sagt Schoch. Der Verkehrsplaner Dr. Rainer Schwerdhelm habe beim letzten Runden Tisch für die Soziale Stadt West vorgerechnet, dass diese Abbiegespur täglich rund 1000 Fahrten durch die Weststadt vermeiden würde, berichtet Schoch.

Die Auseinandersetzung um den Bummert geht jetzt in die nächste Runde. Beim Landkreis erwarte man das Schreiben der Stadt, so Pressesprecher Jens Stöter.